

## Erwerbstätigkeit in Österreich 1961 bis 1980

*Der Arbeitsmarkt ist in jüngster Zeit wieder in den Vordergrund der wirtschafts-politischen Diskussion gerückt. Dafür sind in erster Linie kurzfristige Wirtschaftsentwicklungen maßgebend: in vielen Industriestaaten wird die Wirtschaftslage durch hohe Inflationsraten, ein großes Zahlungsbilanzdefizit, sinkendes Wirtschaftswachstum und steigende Arbeitslosigkeit gekennzeichnet. Die meisten dieser Länder haben daher ihre Wanderungspolitik abrupt geändert und versuchen, den Stand an ausländischen Arbeitskräften zumindest zu stabilisieren.*

*Angesichts dieser Lage tritt auch die Frage nach der mittel- und langfristigen Entwicklung auf dem Arbeitsmarkt stärker ins Blickfeld, vor allem dann, wenn Änderungen in der Angebotssituation zu erwarten sind. So wird mancherorts befürchtet, die Arbeitskräftenachfrage werde in Österreich mittel- und langfristig nicht ausreichen, das steigende heimische Angebot aufzunehmen. Das Institut analysiert daher in der vorliegenden Studie nicht nur die Einflüsse auf die Erwerbstätigkeit im letzten Jahrzehnt, sondern versucht auch, eine Prognose von Angebot und Nachfrage auf dem Arbeitsmarkt bis 1980 zu erstellen.*

*Eine nicht veröffentlichte Vorstudie über die Entwicklung der Erwerbsquoten für diesen Zeitraum ist schon zu Beginn des Jahres als Teil eines größeren Auftrages des Bundesministeriums für soziale Verwaltung verfaßt worden. Das Einlangen weiterer Volkszählungsergebnisse sowie die Ausarbeitung von Bevölkerungsprognosen ermöglichten nunmehr sowohl eine exaktere Analyse der Entwicklung im abgelaufenen Jahrzehnt als auch eine entsprechende Prognose bis 1980. Da jedoch bei Abschluß dieser Arbeit noch nicht alle benötigten Volkszählungsdaten zur Verfügung standen, mußten dennoch einige Werte geschätzt werden.*

### Bevölkerungsentwicklung in den sechziger Jahren

Von der Bevölkerungsentwicklung gingen in Österreich nach dem 2. Weltkrieg nur schwache Impulse auf die Expansion des Arbeitskräfteangebotes aus. Zwischen 1951 und 1961 wuchs die Zahl der Einwohner nur um 2,0%. Erst in den sechziger Jahren beschleunigte sich die Expansion, die Wohnbevölkerung stieg von 7,073.800 im Jahre 1961 um 5,4% auf 7,456.400 1971.

Das geringe Wachstum bis Ende der fünfziger Jahre erklärt sich aus niedrigen Geburten- und hohen Sterberaten. In der zweiten Hälfte der dreißiger Jahre hatte es sogar Geburtendefizite gegeben. Dem Nachkriegsboom folgte abermals ein Rückgang, Anfang der fünfziger Jahre erreichte die Geburtenrate mit etwa 15% einen neuen Tiefpunkt. Bis Mitte der sechziger Jahre expandierte sie wieder relativ kräftig, dann setzte neuerlich ein sinkender Trend ein. 1971 betrug die Geburtenrate nur noch 14,6‰.

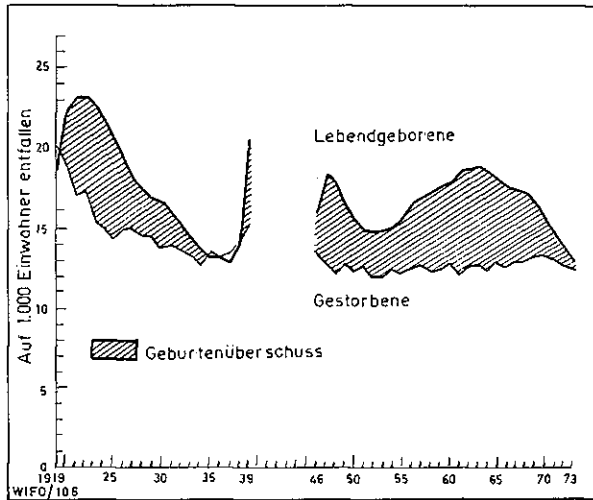
Die niedrigen Geburtenraten der fünfziger Jahre sind nicht ausschließlich auf entsprechende generative Verhaltensweisen zurückzuführen, sondern auch auf die demographische Stagnation der Zwischenkriegszeit

und auf exogene Einflüsse, wie den 2. Weltkrieg, die den Anteil der gebärfähigen Frauen an der Gesamtbevölkerung senkten. Den Fruchtbarkeitsraten kommt jedoch das entscheidende Gewicht zu. Das Verhältnis der Lebendgeborenen zu den Frauen im gebärfähigen Alter (15 bis 45 Jahre) zeigt zwischen den beiden Weltkriegen eine stark sinkende Rate (1937: 53,0‰), die aber nach dem Krieg bis 1961 stetig expandierte (92,5‰). Bis 1971 sank sie wieder auf 76,4‰. Ein Teil der höheren Fruchtbarkeit in den sechziger Jahren ist darauf zurückzuführen, daß nun Jahrgänge ins gebärfähige Alter kamen, bei denen sich der Männermangel infolge der Kriegsverluste nicht mehr auswirkte, und deren Heiratsquote stieg. Dementsprechend lag die Nettoerproduktionsrate<sup>1)</sup> vor dem 2. Weltkrieg erheblich unter 1, wogegen sie danach darüber stieg und 1971 — bei fallender Tendenz — noch immer bei 1,04 hielt. Die Sterberate hatte bis Mitte der dreißiger Jahre eine sinkende Tendenz, ist aber seit 1950 ziemlich stabil auf 12,5‰ geblieben.

<sup>1)</sup> Das Verhältnis der Mädchen Geburten eines Frauenjahrganges über die gesamte Fruchtbarkeitsperiode (15 bis 45 Jahre), bezogen auf diesen Jahrgang, ergibt die Bruttoreproduktionsrate. Berücksichtigt man die Sterblichkeit der weiblichen Geborenen, gelangt man zur Nettoerproduktionsrate.

Abbildung 1

Die natürliche Bevölkerungsbewegung seit 1919



Die Verbesserung der Relation von Geburten- und Sterberaten ließ den Geburtenüberschuß bis Mitte der sechziger Jahre steigen, seither hat er sich aber rasch vermindert.

Die dritte Komponente der Bevölkerungsveränderungen, die interregionale Wanderung, trug in der Nachkriegszeit sehr unterschiedlich zur Bevölkerungsentwicklung bei. Zwischen 1951 und 1961 gab es ein Wanderungsdefizit. Anfang der sechziger Jahre wurden in höherem Maße ausländische Arbeitskräfte herangezogen<sup>1)</sup>. Obwohl sich gleichzeitig die Abwanderung von Österreichern in die Bundesrepublik Deutschland verstärkte, ergab sich zwischen 1961 und 1971 ein positiver Wanderungssaldo von 41.800 Personen. (Dazu wären noch 35.000 Ausländer hinzuzurechnen, die nicht zur Wohnbevölkerung gezählt werden.)

Die Stagnation der Bevölkerungsentwicklung in der Zwischenkriegszeit verursachte eine extreme Überalterung der Einwohnerschaft des Landes. Die starken Jahrgänge aus der Zeit vor 1914 gewannen überproportional hohes Gewicht. Erst gegen Ende der sechziger Jahre verminderte der natürliche Abgang allmählich die Kopflastigkeit der österreichischen Alterspyramide.

**Rückgang der Erwerbstätigkeit**

Der Anteil der Erwerbstätigen an der Bevölkerung hängt von den demographischen Einflüssen — als deren Resultat, also von der Altersstruktur — sowie von der Erwerbsneigung der Bevölkerung ab.

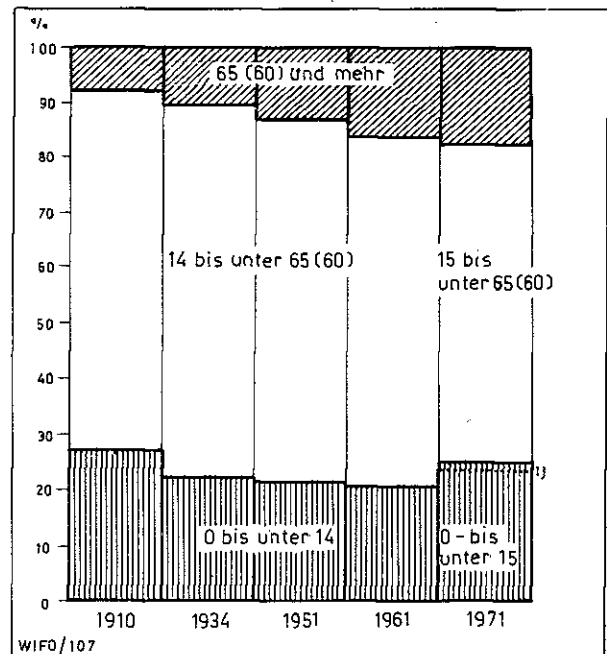
<sup>1)</sup> Siehe F. Butschek, E. Walterskirchen, Aspekte der Ausländerbeschäftigung, Monatsberichte des Österreichischen Institutes für Wirtschaftsforschung, Jg. 1974, Heft 4 S. 214.

Zwischen 1961 und 1971 ist die Zahl der Berufstätigen von 3.369.800 um 271.800 oder 8% auf 3.098.000 zurückgegangen. Dieser Rückgang verteilte sich sehr ungleich auf die Geschlechter: Die Zahl der berufstätigen Männer sank um 5,6% (von 2.009.900 auf 1.898.300), die der Frauen dagegen um 11,8% (von 1.359.900 auf 1.199.700). Die Zahl der berufstätigen Frauen läßt sich zwar mit jener des Jahres 1961 nicht exakt vergleichen, weil im Gegensatz zu 1961 34.400 Landwirtsehegattinnen aus der Erwerbstätigenzahl ausgeschieden wurden. Doch selbst wenn man diese hinzuzählt, bleibt sowohl für die Frauen (—9,3%) wie für die Gesamtzahl (—7,0%) ein beträchtlicher Rückgang.

Damit sank die Erwerbsquote insgesamt von 47,6% auf 41,5%; bei den Männern von 61,0% auf 54,2% und bei den Frauen von 36,0% auf 30,3%. Berücksichtigt man die Landwirtsehegattinnen, dann wäre die Rate auf 31,2 gefallen.

Abbildung 2

Die Altersverteilung der Wohnbevölkerung



Der demographische Faktor beeinflusste diesen Rückgang vor allem über die Veränderung der „aktiven Bevölkerung“, also jener zwischen 15 und 65 bzw. 60 Jahren. Mit dem Aufrücken der starken Jahrgänge über die Altersgrenze und der zunehmenden Zahl noch nicht Erwerbsfähiger, sank nach dem 2. Weltkrieg der aktive Anteil 1951 auf 64,8%, 1961 weiter auf 63,3% und erreichte 1971 mit 57,9% seinen Tief-

punkt<sup>1)</sup>. Weiters fiel der Jahrgang der 14jährigen aus, der durch Einführung des 9. Schuljahres dem Arbeitsmarkt entzogen wurde.

Zum demographischen Einfluß kommt die unterschiedlich starke Ausschöpfung des Arbeitskräftepotentials — die Änderung der Erwerbsneigung. Zwischen 1951 und 1961 verringerte sich zwar die Zahl der Aktiven um 14 100, dennoch nahm die Erwerbstätigkeit um 22.700 Personen zu. Die aktive Bevölkerung wurde somit in steigendem Maße in den Arbeitsprozeß eingeschaltet. Nur weil die Zahl der Nichtaktiven noch stärker wuchs, sank die Erwerbsquote insgesamt von 48,3% auf 47,6%. In den sechziger Jahren wirkten beide Größen — Aktive und Erwerbsneigung — in gleicher Richtung: die Zahl der Aktiven sank um 60 200, jene der Erwerbstätigen jedoch infolge geringerer Erwerbsneigung noch stärker (271.800), die Erwerbsquote ging weiter auf 41,5% zurück.

Um ein klares Bild über die Entwicklung des Anteiles der Berufstätigen an der Bevölkerung zu erhalten, ist es notwendig, die Erwerbsneigung einzelner Altersgruppen zu untersuchen. Innerhalb dieser — aus Gründen der Überschaubarkeit — immer noch recht großen Aggregate, wirken sich Anteilsverschiebungen einzelner Jahrgänge schwächer aus.

Wenige Probleme bietet die Analyse der Erwerbsquoten bei den Männern. In den mittleren Jahrgängen sind diese, soweit sie nicht arbeitsunfähig sind, berufstätig. In den Altersgruppen zwischen 30 und 55 Jahren ergeben sich daher kaum Veränderungen über die Zeit; solche treten nur in den Randgruppen auf. Bei den jüngeren Jahrgängen wirkte sich die Erziehungspolitik des letzten Jahrzehnts aus. Die Erwerbsquote der Gruppe von 15 bis unter 20 Jahren sank von 79,9% auf 65,6%. Dieser Rückgang entspricht der wachsenden Zahl von Mittel- und Hochschülern. In der Altersgruppe zwischen 20 und 30 Jahren schlägt sich die Bildungsexpansion nicht so stark nieder; die Aktivitätsrate sank nur von 93,1% auf 90,9%. Im oberen Bereich der Alterspyramide zeigt sich in der Gruppe zwischen 55 und 60 Jahren ein mäßiger (von 87,0% auf 83,7%), in jener zwischen

60 und 65 Jahren ein drastischer Rückgang der Aktivitätsrate (von 66,0% auf 44,9%). Darin spiegelt sich die Entwicklung der Sozialgesetzgebung. So fallen die Einführung der Frühpension sowie beträchtliche Anspruchserleichterungen für Berufsunfähigkeitspensionen der Selbständigen in die sechziger Jahre. Aus dem gleichen Grund ist die Erwerbsquote der Männer über 65 Jahre von 15,1% auf 8,0% zurückgegangen.

Übersicht 1

Altersspezifische Erwerbsquoten 1961 und 1971 insgesamt

Altersgruppe (in Jahren)	Wohnbevölkerung		Berufstätige		Erwerbsquote <sup>1)</sup>	
	1961	1971	1961	1971 <sup>2)</sup>	1961	1971
15 bis unter 20	517 111	511 456	401 910	321 186	77,7	62,8
20 . . . . . 30	925 720	1 015 203	747 555	779 794	80,8	76,8
30 . . . . . 40	953 561	910 105	713 756	679 692	74,9	74,7
40 . . . . . 50	794 996	935 982	564 804	686 442	71,0	73,3
50 . . . . . 55	504 581	339 397	342 851	227 260	67,9	67,0
55 . . . . . 60	492 755	413 520	303 541	231 962	61,6	56,1
60 . . . . . 65	426 733	446 838	170 234	118 665	39,9	26,6
65 und mehr . . . .	873.107	1.061.570	88.828	52.985	10,2	5,0
Insgesamt	7 073 807	7 456 403	3 369 815	3 097 986	47,6	41,5

Q: Österreichisches Statistisches Zentralamt. Ergebnisse der Volkszählungen —  
<sup>1)</sup> Berufstätige in Prozent der Wohnbevölkerung — <sup>2)</sup> Ohne 34 378 Ehefrauen von Landwirten die sich als Hausfrauen bezeichnet haben

Die Entwicklung der Frauenerwerbstätigkeit bietet ein ganz anderes Bild, grundsätzlich deshalb, weil für verheiratete Frauen die Berufstätigkeit nicht im gleichen Maß notwendig oder möglich ist wie für Männer und somit in sämtlichen Altersgruppen Spielraum für die Veränderung der Erwerbsneigung besteht<sup>3)</sup>.

In den fünfziger Jahren hatte die Erwerbsneigung zugenommen. Die Erwerbsquote stieg daher zwischen 1951 und 1961 in den mittleren Altersklassen sprunghaft. Zwischen 1961 und 1971 folgte ein ebenso kräftiger Rückgang. Das Sinken der Aktivitätsrate wird zwar — wie schon erwähnt — durch den Ausfall der 34.400 Frauen in ländlichen Haushalten überschätzt; desgleichen ist die Zahl der weiblichen „Personen ohne Berufs- und Betriebsangabe“ um rund 20 000 — also auffallend stark — gestiegen, eine Gruppe, die nicht den Berufstätigen zugezählt wird. Aber selbst wenn man diese Einflüsse berücksichtigt, überrascht zunächst die Verringerung der Erwerbsquote.

<sup>1)</sup> Verkehrt proportional zur aktiven Bevölkerung verhält sich die „demographische Belastungsquote“, also der Anteil der noch nicht oder nicht mehr erwerbsfähigen Jahrgänge. Allerdings wechselt das Gewicht beider Komponenten dieser Gruppe. Die Zahl der Jugendlichen unter 14 Jahren hatte lange einen sinkenden Trend. 1961 entfielen auf sie 20,9% der Bevölkerung. 1966 erhöhte sich der noch nicht aktive Bevölkerungsteil durch Einführung des 9. Schuljahres um den Jahrgang der 14jährigen und erreichte 1971 24,4%. Dagegen nahm die Überalterung ständig zu. 1961 waren 15,8% der Bevölkerung älter als 65 bzw. 60 Jahre. 1971 17,7%.

<sup>3)</sup> Über die Entwicklung der Erwerbsneigung bei Frauen siehe: G. S. Becker, A Theory of Allocation of Time, The Economic Journal September 1965. — W. G. Bowen und T. A. Finegan, The Economics of Labor Force Participation, Princeton 1969 — T. W. Schultz (ed), New Economic Approaches to Fertility, Journal of Political Economy, Nr. 2/73. — F. Butschek, Die Vernachlässigung soziologischer Faktoren in der ökonomischen Theorie — am Beispiel der Frauenarbeit Festschrift für Eduard März Wien 1973

Altersspezifische Erwerbsquoten 1961 und 1971 nach dem Geschlecht

Altersgruppe (in Jahren)	Wohnbevölkerung		Männer Berufstätige				Wohnbevölkerung		Frauen Berufstätige		Erwerbs- quote <sup>1)</sup>	
	1961	1971	1961	1971	1961	1971	1961	1971	1961	1971 <sup>2)</sup>	1961	1971
	15 bis unter 20	263 212	259 718	210 430	170 252	79,9	65,6	253 899	251 738	191 480	150 934	75,4
20 .. 30	471 911	514 255	439 531	467 433	93,1	90,9	453 809	500 948	308 024	312 359	67,9	62,4
30 .. 40	439 137	458 948	430 287	450 106	98,0	98,1	514 424	451 157	283 469	229 586	55,1	50,9
40 .. 50	341 272	429 165	329 473	415 971	96,5	96,9	453 724	506 817	235 331	270 471	51,9	53,4
50 .. 55	223 980	141 845	210 405	131 545	93,9	92,7	280 601	197 552	132 446	95 715	47,2	48,5
55 .. 60	225 589	174 921	196 302	146 482	87,0	83,7	267 166	238 599	107 239	85 480	40,1	35,8
60 .. 65	185 764	188 659	122 627	84 621	66,0	44,9	240 969	258 179	47 607	34 044	19,8	13,2
65 und mehr	335 937	401 256	50 606	31 919	15,1	8,0	537 170	660 314	38 222	21 066	7,1	3,2
Insgesamt	3 296 400	3 501 719	2 009 929	1 898 331	61,0	54,2	3 777 407	3 954 684	1 359 886	1 199 655	36,0	30,3

Q: Österreichisches Statistisches Zentralamt Ergebnisse der Volkszählungen — <sup>1)</sup> Berufstätige in Prozent der Wohnbevölkerung — <sup>2)</sup> Ohne 34 378 Ehefrauen von Landwirten, die sich als Hausfrauen bezeichnet haben

Der etwas stärkere Rückgang in der Altersgruppe von 15 bis 20 Jahren (von 75,4% auf 60,0%) als bei den Männern steht damit in Einklang, daß der Besuch der Mittel- und Hochschulen durch Mädchen im Volkszählungszeitraum vergleichsweise stärker zugenommen hat. Dagegen vermag die Zunahme der Hochschulstudentinnen nur einen geringen Teil des Rückganges der Aktivitätsrate in der Gruppe zwischen 20 und 30 Jahren zu erklären (von 67,9% auf 62,4%). Auf das Sinken der Erwerbsquote der 30- bis 40jährigen ging davon überhaupt kein Einfluß aus. Zwi-

schen 40 und 55 Jahren nahm die Erwerbsquote deutlich zu, in den älteren Jahrgängen hingegen ist sie — wie bei den Männern infolge des verbesserten Sozialrechtes — gleichfalls gesunken.

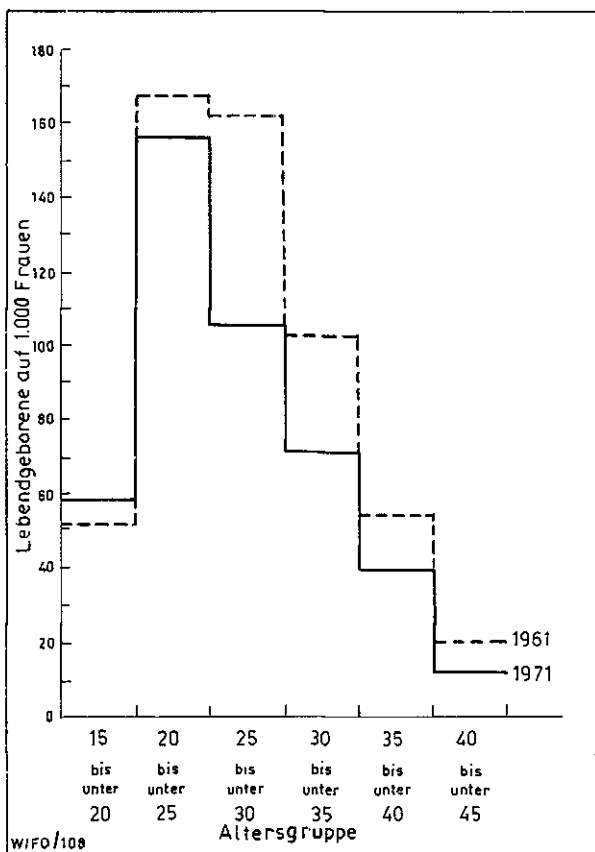
Die überraschende Entwicklung in den mittleren Jahrgängen erklärt sich aus einem zusätzlichen demographischen Element. Die Quote der verheirateten Frauen war 1971 in allen Altersgruppen zwischen 20 und 55 Jahren höher als 1961. Die Ursachen dafür sind allerdings nach Altersgruppen verschieden. In der Kategorie der 20- bis 30jährigen wirkt sich der Trend zum früheren Heiratsalter aus, der 1966 einsetzte und auch zu einer entsprechenden Senkung des Alters der Mutter bei der Geburt des ersten Kindes führte.

In den Gruppen zwischen 30 und 55 Jahren wirken sich die Kriegsfolgen aus. In diesen Jahrgängen bestand ein ausgeprägter Frauenüberschuß, der die Heiratsmöglichkeiten beschränkte und die alleinstehenden Frauen zur Erwerbstätigkeit zwang. 1971 rückten in diese Altersgruppen Jahrgangskohorten vor, deren Geschlechterverhältnis sich verbessert hatte und deren Heiratschancen damit gestiegen waren. (Das gilt nicht für die Gruppe der 50- bis 55jährigen.) Da jedoch die Aktivitätsrate der Verheirateten erheblich niedriger ist als die der Unverheirateten, senkte diese Strukturverschiebung die altersspezifische Erwerbsquote.

In den Jahrgängen zwischen 20 und 40 Jahren schlug die demographische Entwicklung voll durch, weil sich die Kinder überwiegend in einer Altersphase befinden, in der sie der mütterlichen Obsorge am stärksten bedürfen. Danach tritt diese Notwendigkeit in den Hintergrund, die Tendenz zu höherer Erwerbsneigung überwiegt und kompensiert den negativen demographischen Einfluß.

Dieser läßt sich in der Weise quantifizieren, daß man die Personenstandsstruktur der weiblichen Bevölkerung von 1961 auch für 1971 annimmt und die so gewonnenen Zahlen mit den Erwerbsquoten für Ver-

Abbildung 3  
Die Verschiebung der Geburtenhäufigkeit 1961 und 1971



heiratete, Ledige usw. des Jahres 1971 multipliziert. Am stärksten trat dieser Effekt in der Altersgruppe zwischen 20 und 30 Jahren (2,6 Punkte) sowie in jener zwischen 30 und 40 Jahren (1,6 Punkte) auf. Berücksichtigt man noch die Landwirtsehegattinnen, dann ergibt sich eine bereinigte Entwicklung der altersspezifischen Erwerbsquoten, die einen weit schwächeren als den ausgewiesenen Rückgang zeigt.

Allerdings sind auf diese Weise noch nicht sämtliche Struktureinflüsse erfaßt. Mangels entsprechender Daten konnte die höhere Kinderzahl der Frauen von 1971 im Vergleich zu 1961 nicht altersspezifisch zugeordnet werden. Insgesamt gab es 1971 um 82.700 mehr verheiratete Frauen (im Alter von 15 bis unter 45 Jahren) als 1961, aber um 165.900 mehr Kinder von 0 bis unter 10 Jahren. Die Änderung der Personenstandsstruktur wurde zwar schon oben berücksichtigt, da aber die Frauenerwerbsquote mit der Kinderzahl abnimmt, muß auch der Kinderzuwachs einen negativen Struktureffekt hervorgerufen haben. Es wurde daher versucht, diesen Einfluß zu schätzen.

Wenn man annimmt, daß die zusätzlichen Kinder die Aktivitätsrate im Durchschnitt um ein Drittel gesenkt haben, und daß etwa vier Fünftel dieser Kinder den Frauen der Altersgruppe zwischen 20 und 30, der Rest jener zwischen 30 und 40 Jahren zugerechnet werden kann, dann ergibt sich für die erste Gruppe ein Struktureffekt von rund 2,5 Punkten und für die zweite ein solcher von etwa einem Punkt.

Ein weiterer kontraktiver Effekt dürfte vom Rückgang der in der Landwirtschaft tätigen weiblichen Selbständigen ausgegangen sein. Auch nach Ausgliederung von 34.400 Landwirtsehegattinnen ist die Erwerbsquote der Frauen 1971 in diesem Sektor noch immer weit überdurchschnittlich. Der Rückgang des Anteiltes weiblicher Selbständiger und Mithelfender in der Landwirtschaft an der gesamten Berufstätigen-

zahl hat daher gleichfalls die Erwerbsquote gedrückt. Vermutlich wurden dadurch die jüngeren und älteren Jahrgänge stärker getroffen als die mittleren, weil gerade die jüngeren Frauen und Pensionsempfänger aus der Landwirtschaft ausscheiden. Dadurch dürfte sich die Aktivitätsrate der 20- bis 30jährigen um einen weiteren Prozentpunkt vermindert haben.

Berücksichtigt man die berechneten sowie die — vorsichtig — geschätzten Struktureffekte, dann lassen sich bereinigte altersspezifische Frauenerwerbsquoten ermitteln, die an Stelle des Rückganges zwischen 20 und 40 Jahren eine — im internationalen Vergleich und theoretisch erwartete — Steigerung der Erwerbsquote ausweisen.

### Sinkender Trend der Selbständigen

Innerhalb der Erwerbstätigen gab es im abgelaufenen Jahrzehnt beträchtliche Strukturverschiebungen. Der Trend zur Abnahme der Selbständigen setzte sich wieder deutlich fort. 1961 gab es noch 921.500<sup>1)</sup> Selbständige und mithelfende Familienangehörige, das entsprach 27,9% der gesamten Erwerbstätigen, 1971 wurden nur noch 656.100 oder 21,2% gezählt.

Diese Entwicklung geht vor allem auf das Zurückbleiben der Einkommen bestimmter Selbständigengruppen hinter jenen der Unselbständigen zurück. Die Ursachen dafür sind in den einzelnen Sektoren verschieden. In der Landwirtschaft engt die stagnierende Nachfrage den Spielraum für Einkommenssteigerungen ein und schafft damit ein ständiges Einkommensgefälle gegenüber dem nichtlandwirtschaftlichen Bereich. Im gewerblichen Bereich spielt in manchen Fällen die geringe Einkommenselastizität der Nachfrage eine Rolle, meist dürfte jedoch die industrielle Erzeugung oder die Errichtung von Großbetrieben die Einkommen mancher Gewerbetreibenden drücken. Hier ist der Bruch nicht so deutlich wie in der Landwirtschaft und die Abwanderung langsamer.

1961 entfielen noch 17,7% aller Erwerbstätigen auf landwirtschaftliche Selbständige (585.100). Im abgelaufenen Jahrzehnt vollzog sich der Abgang mit einer jährlichen Rate von 4,6%, so daß es 1971 nur noch 365.900 landwirtschaftliche Selbständige mit deren mithelfenden Familienangehörigen gab, das entspricht 11,8% aller Erwerbstätigen. (Einschließlich der nicht mehr erfaßten Ehefrauen wären es 12,8% gewesen.)

Die Volkszählung vermittelt für die Veränderung der Selbständigenzahl nur Eckwerte. Eine laufende

Übersicht 3

#### Tatsächliche und bereinigte Frauenerwerbsquoten 1971

Altersgruppe	Erwerbsquote 1961	Tatsächliche Erwerbsquote 1971	Differenz 1961/71 in Prozentpunkten	Bereinigte Erwerbsquote 1971 <sup>1)</sup>	Differenz 1961/71 in Prozentpunkten
15 bis unter 20	75,4	60,0	-15,4	60,0	-15,4
20	30	67,9	-5,5	69,4	+1,5
30	40	55,1	-4,2	55,4	+0,3
40	50	51,9	+1,5	55,8	+3,9
50	55	47,2	-4,5	50,2	+3,0
55	60	40,1	-4,3	37,6	-2,5
60	65	19,8	-6,6	14,3	-5,5
65 und mehr	71	3,2	-3,9	3,5	-3,6
15 bis unter 60	56,6	53,3	-3,3	56,9	+0,3

Q: Österreichisches Statistisches Zentralamt und Eigenberechnung des Österreichischen Institutes für Wirtschaftsforschung — <sup>1)</sup> Unter Berücksichtigung der Veränderungen in der Heirats- und Kinderquote sowie der Ehegattinnen von Landwirten, die sich als Hausfrauen bezeichnet haben

<sup>1)</sup> Das Volkszählungsergebnis wurde durch eine geschätzte Zahl auch damals nicht berufstätiger Landwirtsehegattinnen in der Größe von 61.300 vermindert.

Statistik gibt es darüber nicht. Zwar liefert der Mikrozensus auch über die Erwerbstätigenstruktur Informationen, diese Erhebungen begannen jedoch erst 1969 und die vergleichsweise kleine Erhebungsmasse bedingt einen großen Stichprobenfehler (rund 4%). Das Institut hat daher die Zahl der Selbständigen laufend mit den Versicherten der zuständigen Krankenkasse fortgeschrieben<sup>1)</sup>. Diese Fortschreibung ergab über das Jahrzehnt eine etwas zu geringe Abwanderung, so daß sie rückwirkend korrigiert werden mußte.

Ein ökonomischer Test über die Bestimmungsgründe der kurzfristigen Wanderungsschwankungen zeigt für die Landwirtschaft, daß die Abwanderung der Selbständigen — wie die meisten anderen Arbeitsmarktvariablen — auf Veränderungen im Produktionsbereich verzögert reagierten. Neben den „pull-Effekt“, welche die Produktion in Industrie und Gewerbe hervorruft, tritt ein „push-Effekt“ durch die Produktions- und damit auch meist die Einkommensentwicklung in der Landwirtschaft selbst<sup>2)</sup>.

Im nichtlandwirtschaftlichen Bereich verläuft die Entwicklung nicht so akzentuiert: Zwischen 1961 und 1971 sank die Zahl der Selbständigen von 336.400 (10,2% der Erwerbstätigen) um 46.200 auf 290.200<sup>3)</sup> oder 9,4% aller Erwerbstätigen. Dieser Rückgang entspricht einer durchschnittlichen jährlichen Abnahmerate von 1,5%. Zwar lieferte der ökonomische Test für den Abgang im Gewerbe keine befriedigenden Resultate, doch gibt es auch hier Anzeichen für „push-“ und „pull-Effekte“.

Der Abgang an Selbständigen hat das Angebot an unselbständigen Arbeitskräften entsprechend erhöht. 1961 erfaßte die Volkszählung 2.386.900 Unselbständige oder 72,1% der Berufstätigen und 1971 2.441.900 oder 78,8%.

### Das Angebot an Arbeitskräften bis 1980

Die Determinanten des Arbeitskräfteangebotes werden im laufenden Jahrzehnt in anderer Weise wirken als im abgelaufenen. Im Gegensatz zur Vergangenheit gehen von der heimischen Bevölkerungsentwicklung positive Impulse auf die Erwerbstätigenzahl aus.

Prognosen über die Bevölkerungsveränderungen erstellten das Österreichische Statistische Zentralamt<sup>4)</sup> sowie das Institut für Versicherungsmathematik an der Technischen Hochschule Wien<sup>5)</sup>. Diese Prognosen unterscheiden sich im wesentlichen nur durch die Annahme über die Entwicklung der Fruchtbarkeit, die jedoch für die aktiven Jahrgänge ohne Belang sind.

Nach der Prognose des Institutes für Versicherungsmathematik, welche als Basis für die Erwerbstätigen-schätzung herangezogen wurde, wird die inländische Wohnbevölkerung Österreichs in den siebziger Jahren praktisch stagnieren: sie wird bis 1980 geringfügig von 7.456.400 auf 7.371.000<sup>6)</sup> sinken (—1,1%).

Im Gegensatz dazu wird die aktive Bevölkerung (15 bis unter 65 bzw. 60 Jahre) zunehmen, weil stärkere Geburtenjahrgänge ins Erwerbsleben eintreten.

Die Zahl der Aktiven wird sich daher insgesamt von 4.314.300 auf 4.588.400, also um 274.100 Personen oder 6,4% erhöhen; wobei die der Männer

Übersicht 4  
Entwicklung der Selbständigen<sup>1)</sup>

	Landwirtschaft		Gewerbliche Wirtschaft <sup>2)</sup>	
	Stand <sup>3)</sup>	Veränderung gegen das Vorjahr	Stand <sup>3)</sup>	Veränderung gegen das Vorjahr
		absolut in %	absolut in %	
1961	585 100 <sup>4)</sup>		336 400 <sup>5)</sup>	
1962	562 800	-22 300 -3,8	328 400	-8 000 -2,4
1963	547 600	-15 200 -2,7	326 200	-2 200 -0,7
1964	526 100	-21 500 -3,9	325 600	-600 -0,2
1965	495 200	-30 900 -5,9	323 400	-2 200 -0,7
1966	465 400	-29 800 -6,0	320 400	-3 000 -0,9
1967	448 700	-16 700 -3,6	330 300	+9 900 +3,1
1968	436 000	-12 700 -2,8	323 200	-7 100 -2,1
1969	415 600	-20 400 -4,7	309 600	-13 600 -4,2
1970	398 100	-17 500 -4,2	302 100	-7 500 -2,4
1971	365 900 <sup>6)</sup>	-32 200 -8,1	290 200 <sup>6)</sup>	-11 900 -3,9

<sup>1)</sup> Einschließlich der mithelfenden Familienangehörigen — <sup>2)</sup> Industrie, Gewerbe und Dienstleistungen. — <sup>3)</sup> 1962 bis 1970 Fortschreibung des Österreichischen Institutes für Wirtschaftsforschung — <sup>4)</sup> Schätzung (Volkszählungsergebnis ohne Ehegattinnen von Landwirten) — <sup>5)</sup> Volkszählungsergebnis — <sup>6)</sup> Einschließlich Personen ohne Betriebsangabe

<sup>1)</sup> Siehe die jährliche Arbeitsmarktvorschau des Bundesministeriums für soziale Verwaltung Wien

<sup>2)</sup> Die folgende Schätzgleichung ergab — freilich bei mäßiger Signifikanz der Produktionskoeffizienten — die beste Anpassung:

$$SL = -2,618 \div 0,082 Y_{LF}(t-1) - 0,186 Y_{Ind}(t-1) - 0,112 Y_B(t-1) - 3,654 DL$$

37                      59                      67                      66                      31

$R^2 = 0,88$                        $D.W. = 1,70$

Hierbei bedeuten die Symbole

- SL = Stand der Selbständigen in der Landwirtschaft
- Y<sub>LF</sub> = Beitrag der Land- und Forstwirtschaft zum BNP zu Marktpreisen
- Y<sub>Ind</sub> = Beitrag der Industrie zum BNP zu Marktpreisen
- Y<sub>B</sub> = Beitrag des Baugewerbes zum BNP zu Marktpreisen
- DL = Dummyvariable für die Einführung der Bauernpension ab 1. Jänner 1971.

Sämtliche Variablen wurden in relative Differenzen übertragen

<sup>3)</sup> Einschließlich Selbständiger ohne Betriebsangabe.

<sup>4)</sup> R. Gisser, Modell der natürlichen Bevölkerungsentwicklung in Österreich 1971 bis 2001. Statistische Nachrichten. 29. Jg., Heft 5/1974.

<sup>5)</sup> Demographische Entwicklung der Versichertenstände bis 1990, Schriftenreihe des Forschungsinstitutes für Soziale Sicherheit beim Hauptverband der österreichischen Sozialversicherungsträger, Nr. 1.

<sup>6)</sup> Die für den 1. Jänner berechneten Prognosewerte wurden derart auf ein Jahresmittel umgeschätzt, daß jeweils der arithmetische Durchschnitt mit dem folgenden Wert gebildet wurde.

(+148.000) kräftiger steigen wird als jene der Frauen (+126.100). Damit vergrößert sich auch der Anteil an der Gesamtbevölkerung von 57,9% auf 62,2% (Männer: von 61,9% auf 66,5%, Frauen: von 54,3% auf 58,4%)

## Übersicht 5

## Aktive Bevölkerung 1971 und 1980

	Männlich	Weiblich	Zusammen
<i>Volkszählung 1971</i>			
Wohnbevölkerung von 15 bis unter 65 (60) Jahre	2 167 511	2 146 811	4 314 322
Wohnbevölkerung insgesamt	3 501 719	3 954 684	7 456 403
Aktive Bevölkerungsquote <sup>1)</sup>	61,9	54,3	57,9
<i>Prognose 1980</i>			
Wohnbevölkerung von 15 bis unter 65 (60) Jahre	2 315 536	2 272 866	4 588 402
Wohnbevölkerung insgesamt	3 480 089	3 890 869	7 370 958
Aktive Bevölkerungsquote <sup>1)</sup>	66,5	58,4	62,2

Q: Österreichisches Statistisches Zentralamt sowie Institut für Versicherungsmathematik, TH Wien (umgeschätzt auf Jahresdurchschnitte). — <sup>1)</sup> Wohnbevölkerung von 15 bis unter 65 (Männer) bzw. 60 (Frauen) Jahre in Prozent der gesamten Bevölkerung

Wie weit dieses Potential dem Arbeitsmarkt zur Verfügung steht, hängt freilich von der Erwerbsneigung ab. Diese kann für die Zukunft nur im Zusammenhang mit der allgemeinen wirtschaftlichen Entwicklung unter Berücksichtigung bildungs- und sozialpolitischer Zielsetzungen — altersspezifisch und nach dem Geschlecht getrennt — ermittelt werden.

Die Prognose der Erwerbsneigung setzt einerseits Vorstellungen über die zu erwartenden Anforderungen an den österreichischen Produktionsapparat voraus, andererseits ist die Entwicklung des Produktionsfaktors Arbeit eine wichtige Voraussetzung für eine realistische Einschätzung unserer künftigen Produktionsmöglichkeiten. Zwischen allgemeiner Wirtschaftsprognose und Prognose des Arbeitsmarktes besteht daher ein iterativer Zusammenhang<sup>1)</sup>.

Die Vorschau unterstellt auf dem Gebiet der Bildungspolitik die Fortsetzung der bisherigen Entwicklung, also zumindest bis zur zweiten Hälfte der siebziger Jahre eine Politik, die auf eine Erhöhung der Schulbesuchsquote zielt. Nicht berücksichtigt ist eine grundlegende Reform der Ausbildung, die jedem Erwerbstätigen Anspruch auf unentgeltliches Hochschulstudium einräumen würde (das während seiner ganzen Berufslaufbahn konsumiert werden kann) oder eine Verlängerung der Schulpflicht. Auf der anderen Seite wird angenommen, daß der Ausbau des Sozialversicherungssystems im wesentlichen abgeschlossen wurde. Außerdem nimmt die Prognose auf Grund der oben zitierten theoretischen

<sup>1)</sup> Eine Analyse der mittelfristigen Entwicklungstendenzen der österreichischen Wirtschaft ist im Institut derzeit in Arbeit und wird in absehbarer Zeit veröffentlicht werden können.

Überlegungen zur Frauenarbeit wie auch auf Grund internationaler Erfahrungen<sup>2)</sup> einen Trend zur stärkeren Erwerbsbeteiligung der Frau an. Überdies unterstellt die Vorschau auf Grund der Produktionsprognose, daß sich die Arbeitsmarktlage gegenüber den sechziger Jahren nicht wesentlich ändert, d. h. sie geht — zumindest längerfristig — von einer Situation der Vollbeschäftigung aus.

Ebenso wie in der Analyse der Vergangenheit ergeben sich für die männlichen Erwerbstätigen weniger Schwierigkeiten als für die Frauen. Es kann angenommen werden, daß die Aktivitätsrate der mittleren Jahrgänge im wesentlichen konstant bleibt (die jeweiligen Erwerbsquoten werden in der Prognose auf halbe Prozentpunkte gerundet).

Für die Erwerbsbeteiligung der jüngeren Jahrgänge sind allerdings beträchtliche Änderungen zu erwarten. Der Zuwachs an Mittelschülern hat sich Ende der sechziger Jahre beschleunigt. Bei Fortdauer dieses Trends wäre mit einem stärkeren Rückgang der Erwerbsquote zu rechnen als im abgelaufenen Jahrzehnt. Die Prognose unterstellt aber eine Abschwächung des Zuwachses, weil der expansive Effekt des 9. Schuljahres auf den Mittelschulbesuch wegfällt. Unter diesen Umständen wird die Erwerbsquote der Altersgruppe zwischen 15 und 20 Jahren um 15 Prozentpunkte auf 51% sinken.

Die gleichen Überlegungen gelten für die Jahrgänge zwischen 20 und 30 Jahren, auch dort ist ein weiterer logarithmisch-linearer Rückgang von rund 2 Punkten zu erwarten, wodurch eine Aktivitätsrate von 89% gegeben erscheint.

In den oberen Randgruppen der aktiven Bevölkerung ist für die siebziger Jahre mit keinen drastischen Änderungen der Erwerbsquoten zu rechnen. Die Errichtung des Systems der Alters- und Invaliditätssicherung scheint im wesentlichen abgeschlossen zu sein. Einer — wahrscheinlichen — Einführung der Frühpension für Selbständige stehen Bestrebungen gegenüber, das Ausscheiden aus der Berufstätigkeit flexibler zu gestalten — vor allem durch begünstigte Anrechnung von Versicherungszeiten über der Altersgrenze. Diese Tendenz dürfte die Wirkung der rückläufigen Selbständigenzahl auf die Erwerbstätigkeit nach dem 65. Lebensjahr ausgleichen. Nur der einmalige Pensionierungsschub durch Einführung der Bauernpension mußte soweit er sich nicht schon in der Volkszählung 1971 niedergeschlagen hatte, mit etwa 10.000 Personen berücksichtigt werden. Dadurch ergab sich eine Senkung der Erwerbsquote der über 65jährigen von 0,5 Punkte. So-

<sup>2)</sup> Siehe Beirat für Wirtschafts- und Sozialfragen Frauenbeschäftigung in Österreich Wien 1974.

mit ist auch in den höheren Alterskategorien mit ähnlichen Erwerbsquoten zu rechnen wie 1971

Übersicht 6

**Altersspezifische Erwerbsquoten nach dem Geschlecht  
1961 bis 1980**

Altersgruppe (in Jahren)	Männer			Frauen		
	1961	1971	1980	1961	1971	1980
15 bis unter 20	79,9	65,6	51,0	75,4	60,0	46,0
20 bis 30	93,1	90,9	89,0	67,9	62,4	62,5
30 bis 40	98,0	98,1	98,0	55,1	50,9	54,0
40 bis 50	96,5	96,9	97,0	51,9	53,4	51,5
50 bis 55	93,9	92,7	93,0	47,2	48,5	47,5
55 bis 60	87,0	83,7	84,0	40,1	35,8	36,0
60 bis 65	66,0	44,9	45,0	19,8	13,2	11,7
65 und mehr	15,1	8,0	7,5	7,1	3,2	2,7

Für die Entwicklung der altersspezifischen Frauen-erwerbsquoten sind wie in der Vergangenheit unterschiedliche Bestimmungsgründe maßgebend: Im Bereich der jüngeren Jahrgänge hatte sich im vergangenen Jahrzehnt der Erwerbsquotenrückgang um einen Punkt rascher vollzogen als bei den Männern, da sich die allgemeine Tendenz der steigenden Nachfrage nach mittlerer und höherer Bildung noch durch den Aufholprozeß der Frauen verstärkte. Dieser dürfte im laufenden Jahrzehnt nur noch schwach ausgeprägt sein, so daß sich die Aktivitätsrate bis 1980 nur um 14 Punkte verringern wird.

Für die Gruppe der 20- bis 30jährigen ist kein demographischer Einfluß mehr zu erwarten, sondern nur noch ein solcher des steigenden Hochschulbesuches. Dieser dürfte jedoch durch den Trend zur stärkeren Erwerbsbeteiligung kompensiert werden, so daß sich die Aktivitätsrate praktisch nicht ändern wird.

In der nächsten Altersgruppe (30 bis 40 Jahre) werden die Effekte des Frauenüberschusses fortfallen; andererseits dürfte der Ausbau der entsprechenden Infrastruktureinrichtungen (Ganztagsschulen, Tagesheimschulen u. ä.) eher die Erwerbsneigung verstärken, so daß eine Steigerung der Erwerbsquote um 3 Punkte wahrscheinlich ist.

Dagegen müßte in den nächsthöheren Altersklassen der „Überschußeffect“ wieder wirksam werden, der freilich durch die gerade in diesem Alter besonders starke Tendenz zu vermehrter Erwerbstätigkeit (2. Erwerbsphase der Frau) kompensiert werden dürfte, so daß sich die Aktivitätsrate der 40- bis 50jährigen voraussichtlich nur um 2 Punkte verringert. Zwischen 50 und 55 Jahren ergibt sich eine ähnliche Situation, wobei aber die Tendenz zu vermehrter Erwerbstätigkeit schwächer sein dürfte. Es ist daher mit einem Rückgang der Erwerbsquote um 1 Punkt zu rechnen.

Über den Stand der Entwicklung in der Sozialversicherung gilt für die Frauen das gleiche wie bei der Prognose der männlichen Erwerbstätigkeit. In den

Gruppen ab 65 Jahren ist ein weiterer Aktivitätsrückgang von 0,5 Punkten zu erwarten. Zwischen 60 und 65 Jahren sollte sich jedoch der Umstand auswirken, daß die Frauen mehr Versicherungszeiten erworben haben werden und die Anspruchsvoraussetzungen in der Selbständigenversicherung erleichtert sind. Es wird daher in dieser Gruppe ein Rückgang um 1,5 Punkte angenommen.

Von den eben geschilderten altersspezifischen Erwerbsquoten ausgehend, erhält man die Zahl der Erwerbstätigen durch Multiplikation mit den Wohnbevölkerungs-Altersgruppen. Auf diese Weise ergibt sich 1980 für die Männer eine Erwerbstätigenzahl von 1.997.600, um 99.300 oder 5,2% mehr als 1971, jene der Frauen wird 1.212.700 erreichen und damit die des Vergleichsjahres um 13.100 oder 1,1% übertreffen. Insgesamt werden der österreichischen Wirtschaft 3.210.400 inländische Erwerbstätige zur Verfügung stehen, um 112.400 oder 3,6% mehr als 1971.

Die Erwerbsquote der Bevölkerung wird dadurch von 41,5% auf 43,6% zunehmen (Männer: von 54,2% auf 57,4%; Frauen: von 30,3% auf 31,2%). Die Steigerung der Gesamterwerbsquote erklärt sich nur durch den Zuwachs der aktiven Bevölkerung, bezogen auf die Aktiven haben die Erwerbsquoten nach wie vor eine leicht sinkende Tendenz (Männer: von 87,6% auf 86,3%; Frauen: von 55,9% auf 53,4%; insgesamt von 71,8% auf 70,0%).

Dem inländischen Angebot (dieses enthält allerdings auch die von der Volkszählung 1971 erfaßten Ausländer) ist der bis 1980 zu erwartende Wanderungssaldo zuzuschlagen (wobei angenommen wird, daß die Zahl der von der Volkszählung als Nichttagespendler erfaßten Ausländer [35.000] konstant bleibt, also die Veränderung der Erwerbstätigenzahl nicht beeinflußt).

Von 1971 bis 1973 (jeweils Juni bis Dezember) hat sich die Zahl der Ausländer um 81.100 vergrößert. Der Abfluß österreichischer Arbeitskräfte dürfte sich zwischen der Volkszählung und 1973 in Grenzen gehalten haben. Seit der Volkszählung haben vermutlich per Saldo nicht mehr als 15.000 Österreicher im Ausland Arbeit aufgenommen. Daher ergibt der Wanderungssaldo für diesen Zeitraum einen Überschuß von 66.100. Für die Zeit danach wird infolge der geänderten Zuwanderungspolitik eine ausgeglichene Wanderungsbilanz unterstellt. Somit werden dem österreichischen Arbeitsmarkt 1980 3.276.500 Inländer einschließlich der Ausländer, die sich bis 1973 bereits im Lande befanden, zur Verfügung stehen, um 178.500 oder 5,8% mehr als 1971.

Freilich bedeutet dieser Zuwachs nicht im gleichen Maße eine Ausweitung des Produktionsfaktors Arbeit, weil bei dessen Quantifizierung auch die Entwick-



Übersicht 7

Bevölkerung und Berufstätige nach dem Geschlecht 1971 und 1980

Altersgruppe (in Jahren)	Wohnbevölkerung		Männer Berufstätige		Erwerbs- quote <sup>1)</sup>		Wohnbevölkerung		Frauen Berufstätige		Erwerbs- quote <sup>1)</sup>	
	1971	1980	1971	1980	1971	1980	1971	1980	1971 <sup>2)</sup>	1980	1971	1980
	15 bis unter 20	259 718	326 454	170 252	166 492	65,6	51,0	251 738	312 955	150 934	143 959	60,0
20 .. 30	514 255	539 308	467 435	479 984	90,9	89,0	500 948	525 453	312 359	328 408	62,4	62,5
30 .. 40	458 948	513 332	450 106	503 065	98,1	98,0	451 157	506 214	229 586	273 356	50,9	54,0
40 .. 50	429 165	430 053	415 971	417 151	96,9	97,0	506 817	431 889	270 471	222 423	53,4	51,5
50 .. 55	141 845	208 592	131 545	193 991	92,7	93,0	197 552	229 283	95 715	108 909	48,5	47,5
55 .. 60	174 921	184 796	146 482	155 229	83,7	84,0	238 599	267 073	85 480	96 146	35,8	36,0
60 .. 65	188 659	113 002	84 621	50 851	44,9	45,0	258 179	168 430	34 044	19 706	13,2	11,7
65 und mehr	401 256	411 780	31 919	30 884	8,0	7,5	660 314	734 705	21 066	19 837	3,2	2,7
Insgesamt	3 501 719	3 480 089	1 898 331	1 997 647	54,2	57,4	3 954 684	3 890 869	1 199 655	1 212 744	30,3	31,2

Q: Österreichisches Statistisches Zentralamt und Institut für Versicherungsmathematik Technische Hochschule Wien (umgeschätzt auf Jahresdurchschnitt)  
 — <sup>1)</sup> Berufstätige in Prozent der Wohnbevölkerung — <sup>2)</sup> Ohne 34 378 Ehefrauen von Landwirten die sich als Hausfrauen bezeichnet haben

Übersicht 8

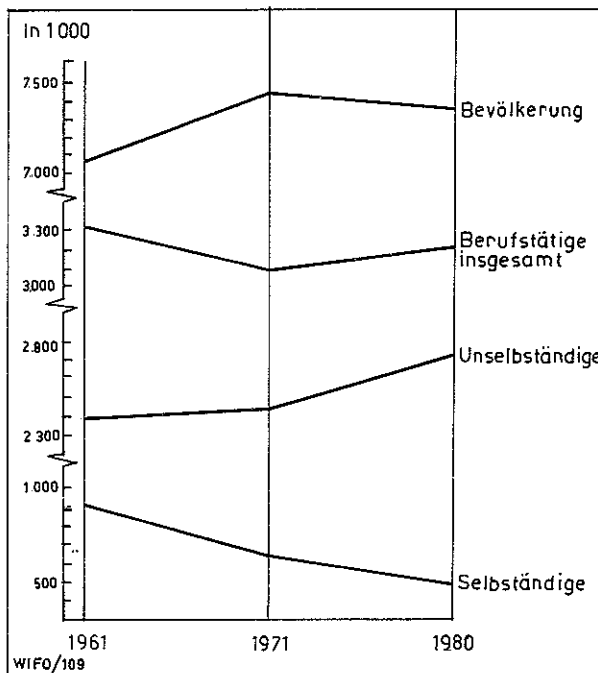
Bevölkerung und Berufstätige insgesamt 1971 und 1980

Altersgruppe (in Jahren)	Wohnbevölkerung		Berufstätige		Erwerbs- quote <sup>1)</sup>	
	1971	1980	1971 <sup>2)</sup>	1980	1971	1980
15 bis unter 20	511 456	639 409	321 186	310 451	62,8	48,6
20 .. 30	1 015 203	1 064 761	779 794	808 392	76,8	75,9
30 .. 40	910 105	1 019 546	679 692	776 421	74,7	76,2
40 .. 50	935 982	861 942	686 442	639 574	73,3	74,2
50 .. 55	339 397	437 875	227 260	302 900	67,0	69,2
55 .. 60	413 520	451 869	231 962	251 375	56,1	55,6
60 .. 65	446 838	281 432	118 665	70 557	26,6	25,1
65 und mehr	1 061 570	1 146 485	52 985	50 721	5,0	4,4
Insgesamt	7 456 403	7 370 958	3 097 986	3 210 391	41,5	43,6

Q: Österreichisches Statistisches Zentralamt und Institut für Versicherungsmathematik Technische Hochschule Wien (umgeschätzt auf Jahresdurchschnitt)  
 — <sup>1)</sup> Berufstätige in Prozent der Wohnbevölkerung. — <sup>2)</sup> Ohne 34 378 Ehefrauen von Landwirten die sich als Hausfrauen bezeichnet haben

Abbildung 4

Bevölkerung und Erwerbstätigkeit 1961 bis 1980



lung der Arbeitszeit zu berücksichtigen ist. Somit muß auch das Arbeitsvolumen (Beschäftigte mal Arbeitszeit je Beschäftigten) prognostiziert werden. Obwohl die Analyse von Verkürzungen der Normalarbeitszeit in der Vergangenheit ergab, daß jene nicht sofort in vollem Umfang realisiert werden, kann man annehmen, daß über die längere Periode die tatsächliche Arbeitszeit in etwa der Normalarbeitszeit entsprechen wird.

Ein Vergleich des Arbeitsvolumens 1971 mit jenem von 1980 muß zunächst die teils bereits vollzogene, teils fixierte Verkürzung der wöchentlichen Normalarbeitszeit berücksichtigen. 1972 wurde die Arbeitszeit um eine Stunde wöchentlich gekürzt und ab 1. Jänner 1975 steht eine Verringerung von weiteren zwei Stunden bevor. Allein daraus resultiert ein Rückgang des Arbeitsvolumens um 7%.

Es wäre überdies unrealistisch, für die zweite Hälfte der siebziger Jahre keine weitere generelle Arbeitszeitverkürzung anzunehmen. Die vorliegende Prognose geht davon aus, daß zumindest die von der Regierung für 1975 angekündigte zusätzliche Urlaubswoche pro Jahr eingeführt wird. Das bedeutet, umgelegt auf die Wochenarbeitszeit, eine weitere Senkung um etwa eine Dreiviertelstunde. Wahrscheinlich ist bis 1980 mit einer weiteren Senkung der Normalarbeitszeit in Form der immer häufiger gewährten Bildungsurlaube zu rechnen, die mit einer zusätzlichen Dreiviertelstunde veranschlagt wird. Insgesamt wird somit zwischen 1971 und 1980 die Arbeitszeit um 4 1/2 Stunden oder 10,5% zurückgehen. Da Selbständige von Änderungen der Normalarbeitszeit nur abgeschwächt betroffen sind, wird das gesamte Arbeitsvolumen demnach bis 1980 um knapp 5% sinken.

Arbeitsmarkt 1980

Obwohl die in vielen Industriestaaten sich immer stärker ausbreitende Arbeitslosigkeit überwiegend

auf kurzfristige Ursachen zurückgeht, ist es doch von Bedeutung, auch die Frage zu prüfen, ob die höhere Zahl von Arbeitskräften, die im laufenden Jahrzehnt aus dem Inland zur Verfügung stehen, auch auf die entsprechende Nachfrage treffen wird (Wobei noch einmal zu betonen ist, daß die Zahl der Erwerbstätigen oder die Erwerbsquote nicht unabhängig von der Arbeitskräftenachfrage ist und die Angebotsprognose bereits davon ausgeht, daß es zu keiner tiefgreifenden Änderung der Arbeitsmarktsituation kommt.)

Die Arbeitskräftenachfrage resultiert aus der Entwicklung von Produktion und Produktivität bis zum Jahre 1980. Im Institut wurde eine vorläufige Prognose ausgearbeitet<sup>1)</sup>. Nach dem überdurchschnittlichen Wachstum der österreichischen Wirtschaft im Zeitraum von 1971 bis 1974 ist für die Folgezeit die Auswirkung der krisenhaften Situation der Zahlungsbilanz einiger wichtiger europäischer Länder und der beschleunigten Inflation in den meisten Industriestaaten derzeit nur mit großen Vorbehalten vorzuschätzen. Eine vorsichtige Beurteilung der weiteren Entwicklung der Nachfrage in diesen Ländern drängt sich auf. Das Institut nimmt an, daß es gelingt die Inflation in Westeuropa durch konsequente, jedoch nicht scharf greifende Restriktionsmaßnahmen in einem Zeitraum von mehreren Jahren auf ein „vertretbares“ Maß zurückzuführen, wobei vorübergehende Rezessionsphasen in Kauf genommen werden. Die Ausstrahlung der Zahlungsbilanzprobleme einiger Länder auf das Volumen des westeuropäischen Güteraustausches wird zweifellos auch zur Nachfragedämpfung beitragen. Die durchschnittlich schwächer wachsende Nachfrage unserer Außenhandelspartner wird voraussichtlich durch eine Tendenz steigender Marktanteile der österreichischen Produktion zum Teil aufgewogen werden können.

Unter diesen Voraussetzungen geht die Prognose des Arbeitsmarktes davon aus, daß das Brutto-Nationalprodukt zwischen 1974 und 1980 noch um jährlich 4,5% wachsen wird. Auf den Zeitraum 1971 bis 1980 bezogen, ergibt sich damit ein durchschnittlicher Zuwachs von knapp 5,0%.

Um die Inanspruchnahme des Produktionsfaktors Arbeit abschätzen zu können, ist es erforderlich, Überlegungen über die Entwicklung der Arbeitsproduktivität anzustellen. Diese werden dadurch erschwert, daß Meßzahlen für die anderen Produktionsfaktoren, insbesondere für die Entwicklung des Kapitaleinsatzes in der Wirtschaft, fehlen. Daher ist es auch sehr schwierig, das Tempo des technischen

Fortschrittes in Österreich zu schätzen. Eine Steigerung der derzeitigen Zuwachsrates der Arbeitsproduktivität, in der sich zwangsläufig auch diese Faktoren niederschlagen, dürfte auf Grund verschiedener Überlegungen nicht sehr wahrscheinlich sein. Vielmehr scheint der Produktivitätszuwachs von jährlich mehr als 5% im Lichte internationaler Erfahrungen über längere Sicht bereits an der Obergrenze der Möglichkeiten zu liegen.

In der Phase von 1968 bis 1973 lag der Schwerpunkt der Investitionstätigkeit in der Industrie, der Ausbau der (betrieblichen und überbetrieblichen) Infrastruktur ist bis vor kurzem relativ zurückgeblieben. Innerhalb der Industrie zeichnet sich eine gewisse Verlagerung zu kapitalintensiven Grundstoffindustrien ab, deren Produktivitätsfortschritt erfahrungsgemäß eher unter dem Industriedurchschnitt liegt und die auch weniger flexibel auf Änderungen der Marktverhältnisse reagieren. Angesichts des bereits relativ kleinen landwirtschaftlichen Sektors wird sich der Struktureffekt zusehends abschwächen. Auf der anderen Seite wäre nun, nach einer Phase der Kapazitätsausweitung, während welcher in der Industrie der Kapitaleinsatz je Beschäftigten sogar langsamer stieg als in den sechziger Jahren<sup>2)</sup>, ein Prozeß des *capital-deepening* zu erwarten, der sich auf die Zuwachsrates der Arbeitsproduktivität günstig auswirken könnte. Auch haben sich die Investitionen der Industrie nicht nur zu gewissen Zweigen der Grundstoffindustrie verschoben, sondern gleichzeitig noch deutlicher zu den technischen Finalprodukten, besonders zu fertigen Investitionsgütern mit hohem technischen Fortschritt. Nach diesen Überlegungen scheint eine leichte Abschwächung des in den Phasen 1961 bis 1971 und 1971 bis 1974 beobachteten Trends der Arbeitsproduktivität von 5,6% auf durchschnittlich 5,3% plausibel.

Eine mittlere Wachstumsrate des Brutto-Nationalproduktes von knapp 5% ergäbe zwischen 1971 und 1980 ein Gesamtwachstum des Brutto-Nationalproduktes von 54,3%. Unter Berücksichtigung der leichten Verflachung des Trends der Arbeitsproduktivität könnte dieses Wirtschaftswachstum mit einem um 3,2% geringeren Arbeitsvolumen bewältigt werden als im Ausgangsjahr.

Da ein Rückgang des Arbeitsvolumens um knapp 5% geschätzt wurde, lassen diese globalen Überlegungen gegen Ende der siebziger Jahre eine im wesentlichen unveränderte Arbeitsmarktsituation erwarten. Allerdings wird es im Gegensatz zur Vergangenheit möglich sein, die Arbeitskräftenachfrage fast aus-

<sup>1)</sup> H. Kramer, Überlegungen über die Wirtschaftsentwicklung bis 1980 hektographiert Wien 1974

<sup>2)</sup> Siehe H. Seidel, Wachstum und Strukturwandel der österreichischen Industrie, Monatsberichte des Österreichischen Institutes für Wirtschaftsforschung Jg 1974 Heft 2 S 64

schließlich aus dem Inland zu decken. Zusätzliche ausländische Arbeitskräfte werden voraussichtlich nur in bescheidenem Ausmaß benötigt werden.

Übersicht 9

**Wirtschaftswachstum, Veränderung von Arbeitsproduktivität und Arbeitsvolumen 1971 bis 1980**

	1971 bis 1980 in %	
	Insgesamt	pro Jahr
BNP . . . . .	+54,3	+4,9
BNP/Arbeitsstunde	+59,2	+5,3
Erwerbstätige	+5,7	+0,6
Geleistete Arbeitszeit	-10,0	-1,2
Arbeitsvolumen	-4,9	-0,6

**Die Struktur der Erwerbstätigen 1980**

Die Struktur der Erwerbstätigen wird sich bis 1980 erheblich verschieben. Die Unselbständigen werden weiter auf Kosten der Selbständigen zunehmen. Für die Entwicklung der Selbständigen sind im laufenden Jahrzehnt im wesentlichen die gleichen Bestimmungsgründe maßgebend wie in der Vergangenheit. Man kann also damit rechnen, daß sich die bisher beobachteten Trends fortsetzen.

Die Zahl der Erwerbstätigen in der Landwirtschaft läßt sich auf verschiedene Weise prognostizieren: Zunächst kann man bestimmte Verhaltensweisen annehmen und unterstellen, daß bei gegebenen Absatzmöglichkeiten und Preisen ein gewisses relatives Einkommensniveau angestrebt wird. Zu diesem Zweck wird der Stand an Erwerbstätigen variiert. Weiters aber läßt sich der Anteil der landwirtschaftlichen Erwerbstätigen an der Gesamtzahl als Funktion des wirtschaftlichen Reifegrades einer Volkswirtschaft erfassen. Tatsächlich zeigt eine Korrelation dieses Anteiles mit dem Brutto-Nationalprodukt — als Maßstab für den Reifegrad — im internationalen Querschnittsvergleich wie in der Zeitreihenanalyse eine enge negative Beziehung<sup>1)</sup>.

Berechnungen mit beiden Instrumenten ergaben für 1980 eine wahrscheinliche Zahl von Erwerbstätigen in der Land- und Forstwirtschaft von 266.000. Davon werden voraussichtlich 33.000 auf die Unselbständigen entfallen, so daß sich in der Landwirtschaft eine Zahl von 233.000 Selbständigen ergibt, um 132.900 oder 36% weniger als 1971.

Zumindest für den kleinbetrieblichen Bereich der Selbständigen im nichtlandwirtschaftlichen Sektor kann man von ähnlichen Überlegungen ausgehen, obwohl die Absatzmöglichkeit dieser Betriebe weni-

ger durch die niedrige Einkommenselastizität der Nachfrage beschränkt wird, als vielmehr durch die Konkurrenz der größeren Unternehmungen. Doch ist zu vermuten, daß sich der Ausscheidungsprozeß, der in der Vergangenheit zu beobachten war, auch im laufenden Jahrzehnt fortsetzen wird. Somit scheint hier die Abhängigkeit vom Reifegrad einer Volkswirtschaft gleichfalls gegeben, die es erlaubt, die Intensität des Zusammenhanges zwischen Brutto-Nationalprodukt und Zahl der gewerblichen Selbständigen zu testen<sup>2)</sup>.

Unter Verwendung der Schätzgleichung ergibt sich eine Verringerung des Standes der Selbständigen im Gewerbe von 11,3%, ein Rückgang, der sich in der Größenordnung des vergangenen Jahrzehnts bewegt. Von dem Ergebnis wären noch rund 20.000 mithelfende Ehegattinnen abzuziehen, welche 1973 aus steuerlichen Gründen als Unselbständige gemeldet wurden. Im Prognosezeitpunkt dürfte es daher 237.300 gewerbliche Selbständige geben um 52.900 weniger als 1971.

Bei gegebener Entwicklung der gesamten Erwerbstätigkeit werden damit dem Arbeitsmarkt noch zusätzliche unselbständige Arbeitskräfte zur Verfügung stehen. Ihre Zahl wird sich um jene 185.800 Personen vergrößern, um die der Stand an Selbständigen abnimmt. Insgesamt wird es 1980 2.740.100 Unselbständige geben, um 298.200 oder 12,2% mehr als 1971.

Übersicht 10

**Selbständige und Unselbständige 1961 bis 1980**

	Selbständige u. mithelfende Familienangehörige <sup>1)</sup>	Unselbständige (einschl. Arbeitslose)	Berufstätige insgesamt <sup>1)</sup>
1961	921 532 <sup>2)</sup>	2 386 937	3 308 469
1971	656 062	2 441 924	3 097 986
Differenz absolut	-265.470	+ 54.987	- 210.483
1961/71 in %	- 28,8	+ 2,3	- 6,4
1980	470 300	2 740 100	3 210 400
Differenz absolut	-185.800	+298.200	+112.400
1971/80 in %	- 28,3	+ 12,2	+ 3,6

Q: 1961 und 1971: Österreichisches Statistisches Zentralamt (Volkszählungsergebnisse); 1980: Prognose des Österreichischen Institutes für Wirtschaftsforschung — <sup>1)</sup> Ohne Ehefrauen von Landwirten, die sich als Hausfrauen bezeichnen haben. — <sup>2)</sup> Schätzung

<sup>2)</sup> Eine Zeitreihenanalyse für Österreich ergab die Gleichung

$$SG = 2,952 - 0,850 Y$$

$$47 \quad 28$$

$$R^2 = 0,58 \quad D.W = 1,84$$

Hierbei bedeuten die Symbole  
 SG = Stand der Selbständigen im Gewerbe  
 Y = Brutto-Nationalprodukt ohne Land- und Forstwirtschaft.

Sämtliche Variablen wurden in relative Differenzen übertragen.

<sup>1)</sup> Siehe z. B. A. Simantov, The Dynamics of Growth and Agriculture. Zeitschrift für Nationalökonomie Band XXVII, Heft 3, Jg 1967, und H. B. Chenery - L. Taylor, Development Patterns: among countries and over time. Review of Economics and Statistics Band L No 4 1968.

## Zusammenfassung

Die Analyse von Bevölkerung und Erwerbstätigkeit hat ergeben, daß die Bestimmungsgründe des Arbeitskräfteangebots in diesem Jahrzehnt anders wirken werden als im abgelaufenen. Zwischen 1961 und 1971 gingen von der heimischen Bevölkerungsentwicklung keine positiven Impulse auf die Erwerbstätigkeit aus. Zwar nahm die Bevölkerung insgesamt zu, doch ging ihr aktiver Teil, die Jahrgänge zwischen 15 und 60 bzw. 65 Jahren, zurück.

Aber nicht nur die demographische Basis der Erwerbstätigkeit wurde schmaler, auch die Erwerbsneigung zeigte eine rückläufige Tendenz. Dafür waren in erster Linie die Einführung des 9. Schuljahres wie überhaupt die Zunahme des Besuches mittlerer und höherer Lehranstalten sowie die Verbesserung der Alters- und Invaliditätspensionen — insbesondere für Selbständige — maßgebend. Unerwarteterweise sanken allerdings auch die Erwerbsquoten in den jüngeren und mittleren Jahrgängen der Frauen. Eine eingehende Untersuchung ergab, daß dieser Rückgang in erster Linie auf demographische Ursachen zurückzuführen ist. Die Zahl der Kinder hat in den sechziger Jahren erheblich zugenommen und der Zeitpunkt der Geburt des ersten Kindes wurde — mit sinkendem Heiratsalter — vorverlegt. In den Jahrgängen zwischen 30 und 50 Jahren hatte sich der kriegsbedingte Frauenüberschuß ausgewirkt; die verminderten Heiratschancen zwangen einen relativ großen Teil der Frauen zur Erwerbsarbeit. Nun traten neue Alterskohorten in diese Jahrgangskategorien ein, in denen der Anteil an Verheirateten größer und damit die Erwerbstätigkeit geringer war. Dazu kam noch die Auswirkung des sinkenden Bevölkerungsanteiles der Landwirtschaft mit überdurchschnittlicher Erwerbsquote. Das schrumpfende Inlandsangebot mußte daher durch ausländische Arbeitskräfte ergänzt werden.

Im laufenden Jahrzehnt bis 1980 wird im Gegensatz zum vergangenen die Zahl der Aktiven durch Eintritt stärkerer Geburtenjahrgänge in das erwerbsfähige Alter zunehmen. Von der Pensionsgesetzgebung sind keine spürbaren dämpfenden Einflüsse auf die Erwerbsneigung zu erwarten, ebensowenig von der Kinderzahl. Der Einfluß steigender Heiratsquoten

wird nur noch schwach sein, und von der Landwirtschaft wird kein relevanter Struktureffekt mehr ausgehen. Nur der steigende Schulbesuch wird die Erwerbsneigung der jüngeren Altersgruppen verringern. Insgesamt ist für 1980 mit 3,276.500 Erwerbstätigen zu rechnen, um 178.500 oder 5,8% mehr als 1971.

Es war zu prüfen, ob diese Arbeitskräfte auch auf die entsprechende Nachfrage treffen würden. Dazu mußte vorerst die Entwicklung der Arbeitszeit prognostiziert werden, weil für die Produktion nur das Arbeitsvolumen (Erwerbstätige mal Arbeitszeit pro Kopf) maßgebend ist.

Die wöchentliche Arbeitszeit wird im Untersuchungszeitraum um drei Stunden gekürzt werden. Überdies ist bis 1980 realistischerweise mit einer Verlängerung des Mindesturlaubes um eine Woche sowie mit einer größeren Verbreitung des Bildungsurlaubes zu rechnen. Insgesamt dürfte sich eine Einschränkung der wöchentlichen Arbeitszeit um 4½ Stunden oder rund 10% ergeben; das gesamte Arbeitsvolumen wird dadurch trotz Zunahme der Erwerbstätigen um knapp 5% sinken.

Die Überlegungen zur Wirtschaftsentwicklung gehen davon aus, daß es gelingt, die Inflation in Westeuropa durch nicht allzu scharfe Restriktionsmaßnahmen zu dämpfen. Die schwächere Nachfrage unserer Außenhandelspartner sollte durch steigende Marktanteile des österreichischen Exportes teilweise kompensiert werden. Unter diesen Voraussetzungen ist im Jahrzehnt zwischen 1971 und 1980 mit einem jährlichen Wirtschaftswachstum von rund 5% zu rechnen, das entspricht einem Gesamtzuwachs des Brutto-Nationalproduktes von 54,3%. Die Arbeitsproduktivität wird allerdings mit durchschnittlich 5,3% noch etwas rascher wachsen als die Produktion, so daß dieses Wirtschaftswachstum mit einem um 3,2% geringeren Arbeitsvolumen bewältigt werden kann. Somit ist bis Ende der siebziger Jahre mit keiner grundlegenden Änderung der Arbeitsmarktsituation zu rechnen. Eine Ergänzung des heimischen Arbeitskräfteangebotes durch ausländische Arbeitskräfte dürfte in der zweiten Hälfte der siebziger Jahre nur in bescheidenem Ausmaß notwendig sein.

*Felix Butschek*